

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Haushaltsführung 1981

hier: Einwilligung zu einer überplanmäßigen Ausgabe bei Kap. 11 11 Tit. 643 01 – Kosten der Kriegsopferfürsorge (ausgenommen Darlehen) aufgrund des Bundesversorgungsgesetzes sowie entsprechender Leistungen aufgrund des Häftlingshilfegesetzes, des Gesetzes über die Unterhaltsbeihilfe für Angehörige von Kriegsgefangenen und des Gesetzes über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten

Schreiben des Bundesministers der Finanzen – II C 1 – Ar 1151 – 6/81 – vom 18. Dezember 1981:

Gemäß § 37 Abs. 4 BHO teile ich mit, daß ich auf Antrag des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung meine Einwilligung zu überplanmäßigen Ausgaben im Haushaltsjahr 1981 bei Kap. 11 11 Tit. 643 01 – Kosten der Kriegsopferfürsorge – bis zur Höhe von 28 000 000 DM erteilt habe.

Die Mehrausgaben, die auf gesetzlicher Verpflichtung beruhen, sind bedingt durch eine höhere Inanspruchnahme der Leistungen aus der Kriegsopferfürsorge. Sie sind unabweisbar und sind bei Aufstellung des Haushaltsplans 1981 nicht vorhergesehen worden.

